



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21621 - 93

Fernschreiber 0886890

P/XIII/221 - 29. September 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Die Wahlen in Schleswig-Holstein Der Zug zum Zweiparteiensystem	35
1 a	Der Weg ins Ungewisse Zur Verfassungsabstimmung in Frankreich	35
2 - 4	Arbeit für Deutschland Zur Tagung des Kuratoriums "Unteilbares Deutschland"	35
5	Karl Zörgiebel 60 Jahre alt Vom Küfer in Mainz zum Polizeipräsidenten in Berlin	36
6	Auch die Fairness ist unteilbar Eine Antwort auf den "Daily Express"	33

* * * * *
* * * * *

Die Wahlen in Schleswig-Holstein

sp - Der Ausgang der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein weist die gleichen Merkmale auf, wie das seinerzeitige Ergebnis in Nordrhein-Westfalen: Eine verhältnismäßig hohe Wahlbeteiligung, einen Rückgang der CDU-Stimmen im Vergleich zu den Bundestagswahlen 1957, einen Zuwachs des sozialdemokratischen Stimmenanteils, ein mühsames Behaupten der Freien Demokraten - immer im Vergleich zu 1957 - und das Verschwinden aller anderen Parteien. Schleswig-Holstein weicht insofern von dieser Parallele ab, als es dem BHE wieder alles Erwarteten gelang, wenn auch schwer angeschlagen und halbiert, noch einmal die Hürde der Fünfprozentklausel zu überspringen.

Das Ziel der CDU in Kiel, die absolute Mehrheit im Landtag zu erringen, wurde nicht erreicht, obwohl der Vorsitzende der CDU, Dr. Adenauer recht kräftig seinen Parteifreunden im nördlichsten Bundeslande unter die Arme griff. Die Entwicklung zum Zweiparteiensystem scheint nicht mehr aufzuhalten zu sein, wenn auch nicht zu übersehen ist, daß die Freien Demokraten überraschende Widerstandskraft an den Tag legen. Der Chefideologe der Regierungspartei, der Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, hatte auf dem Kieler Parteitag der CDU mit sehr vielem Elan und unter Anrufung großer liberaler Geister des 19. Jahrhunderts um die Wähler der FDP geworben, aber dieser Appell fand, wie das Wahlergebnis belegt, nicht allzu viel Gehör.

Die eigentlichen Entscheidungen in der deutschen Nachkriegspolitik fallen heute zwischen SPD und CDU. Die deutsche Sozialdemokratie bewies wieder einmal in diesem doch recht schwierigen Lande ihre Behauptungskraft und ihr Ausstrahlungsvermögen auf alle Schichten unseres Volkes. Ein ständiges Wachstum kennzeichnet den Weg der SPD seit den ersten Wahlen in der deutschen Nachkriegszeit. Dieses stetige, von nur gelegentlichen Rückschlägen unterbrochene Anwachsen ist nicht regional bedingt, es trifft auf alle Länder der Bundesrepublik zu - ein Beweis dafür, daß die in der Opposition zur Bundesregierung und zur herrschenden Staatspartei stehenden Kräfte unseres Volkes in der Partei eines Friedrich Ebert und Kurt Schumacher den Träger und Mitgestalter der deutschen Zukunft sehen. Das Wahlergebnis vom 28. September in Schleswig-Holstein zeigt für die CDU ihre Grenzen, der Sog vom 15. September 1957 ist abgeebbt, in der deutschen Sozialdemokratie erhebt sich ihr der Nachfolger von morgen.

Der Weg ins Ungewisse

sp - Die ersten Kommentare zu der französischen Volksabstimmung über die Verfassungsreform sprechen von einem Erdbeben. Nicht einmal die Anhänger de Gaulles rechneten mit einer so gewaltigen Mehrheit. Die Stärke des antiparlamentarischen Ressentiments, eine Folge schwerer Fehler der Vierten Republik, wurde unterschätzt. De Gaulle, um den sich der Mythos einer modernen Jeanne d'Arc rankt, ist nun in fast unbeschränktem Besitz einer Macht, von der niemand sagen kann, wie er davon Gebrauch machen wird. Die Volksabstimmung hatte einen plebiszitären Charakter, nicht über Programme wurde entschieden, Gefühle gaben den Ausschlag.

Frankreich geht nun den Weg ins Ungewisse. Die Regierung hat nach diesem Abstimmungsergebnis für Sondervollmachten völlig freie Hand, das Parlament, das wenige Monate später zu wählen sein wird, ist mehr oder weniger zu einer Zuschauerrolle verurteilt. Die Rolle der Parteien als Faktor der öffentlichen Meinungsbildung und als Wächter der demokratisch-republikanischen Freiheit sinkt zur Bedeutungslosigkeit herab.

Apathie, das Unbehagen über die bisherigen Regierungen der Vierten Republik, die - unheilvoll verstrickt in Eifersüchteleien und unentwirrbaren Interessengegensätzen - das Staatsschiff treiben liessen, gemischt mit einer tüchtigen Portion geheimen und offenen Terrors, führten zu diesem Ergebnis. Unsicherheit kennzeichnet den künftigen Weg Frankreichs. Wie will de Gaulle etwa mit der Alger-Frage fertig werden, deren brennende Problematik auch dann bestehen bleibt, obwohl sich ein Grossteil der Mohammedaner Algeriens unter äusserem Zwang für ein Ja zur Verfassungsreform entschieden hat? Der algerische Wille zur Unabhängigkeit wird davon nicht berührt. Er dürfte sogar zu einer neuen Kraftanstrengung veranlasst werden. In den Schubladen der Regierung war lange vor der Volksabstimmung ein Plan, der die Verschärfung des Kampfes gegen die Aufständischen in Algerien wie auch die Terroristen im Mutterland vorsah. Eine alte Erfahrung lehrt, Terror erzeugt Gegenterror, er übersteigert sich, sät unausschlichen Hass.

Gewiss braucht Frankreich um seiner selbst und seiner weltweiten Aufgaben willen Stabilität und sichere Führung. Verkörpert de Gaulle beides? Er kam unter antiparlamentarischen Vorzeichen zur Macht. Wird er die Kräfte, die ihn tragen, auch wirklich für die Gesundheit Frankreichs gewinnen, führen und inspirieren können?

Arbeit für Deutschland

ler- Berlin

Es gehört zur Tradition des Kuratoriums "Unteilbares Deutschland", seine Jahrestagung in Berlin abzuhalten - in jener unvergleichlichen Stadt, in der das Bewußsein für den gesamtdeutschen Zusammenhalt am lebendigsten und ausgeprägtesten ist, die Spaltung und der Notstand unseres Volkes wohl am schmerzlichsten empfunden werden. Die Nähe des Brandenburger Torcs, mit dem wieder aufgestellten Wahrzeichen Berlins, der Quadriga, verträgt kein falsches Pathos, keine Schaumschlägerei oder Schönrednerei. Die Berlin mitten durchlaufende Grenze, Schnittpunkt zweier Welten, erinnert in ihrer beklemmenden Dämmerheit an die leider von so vielen Deutschen vernachlässigte Pflicht, des deutschen Elends stets bewußt zu sein. So war denn das Kuratorium "Unteilbares Deutschland" gut beraten, seine Jahrestagung in die 500 Meter von der Sektorengrenze gelegene Kongreßhalle zu verlegen. Es war eine bemerkenswerte Tagung, die ihre Würde und Bedeutung durch die Vertreter des geistigen, wirtschaftlichen und politischen Lebens der Bundesrepublik erhielt, aber auch durch die Teilnahme ungenannt gebliebener Männer aus Mitteldeutschland.

Die Stärke und Schwäche des Kuratoriums

In diesem Gremium sind alle politischen Kräfte der Bundesrepublik vertreten. Das macht seine Stärke, aber auch zugleich seine Schwäche aus. Viel redlicher Wille und heißes Bemühen finden hier zueinander, geeint durch das Bestreben, eine Plattform zu finden, von der das ganze Volk erfassende Willensimpulse ausstrahlen. So gesehen ist das "Unteilbare Deutschland" zu so etwas wie einer moralischen Institution geworden, mit eigenem Gewicht und nicht zu überschender Geltung, zwar kein Exekutivorgan einer Volksbewegung, wie es seinen Gründern vorschwebte, wohl aber eine Stätte des Gedankenaustausches und des ständigen Bemühens um Klärung. Es kann keine politischen Aktionsprogramme entwerfen, es kann nicht unmittelbar in die Politik eingreifen, es kann, und das will in dieser Zeit auch schon viel bedeuten, ein Mahner Gesamtdeutschlands sein, der durch seine bloße Existenz dafür mitsorgt, daß die deutsche Frage von der weltpolitischen Tagesordnung nicht verschwindet und der Blick auf morgen nicht verschlossen bleibt.

Die Tagung stand unter dem Motto: "Die deutsche Frage und die öffentliche Meinung" - wozu ein vielschichtiges, die Phantasie und Vorstellungskraft beanspruchendes Thema, behandelt am Vorabend einer Bundestagsitzung, in der der Versuch unternommen werden soll, alle Fraktionen des Bundestages zu einer gemeinsamen Willenskundgebung zu veranlassen. Um es gleich vorwegzunehmen: Mit dem Willen zur Gemeinsamkeit allein ist es nicht getan, kommen wir nicht voran. Es kommt auf Ziel und Inhalt der Politik an, auf die man sich einigt. Heute, dreizehn Jahre nach dem größten geschichtlichen Zusammenbruch unseres Volkes, der uns die Teilung brachte, Deutschland in ein Vorfeld einander feindlich gegenüberstehender Militärblöcke verwandelte, die Zonengrenze fest zu einer Staatsgrenze erstarrten ließ, ist die Frage berechtigt, ob im freien Teil Deutschlands auch alles vermieden wurde,

was diese unheilvolle Entwicklung förderte, und die weitere Frage, was getan wurde, um sie zu verhindern. Hier schneiden sich die Geister, beginnen die Auseinandersetzungen, die durch keine Gemeinsamkeit überdeckt werden können.

Unüberhörbares Unbehagen

In den dreitägigen Beratungen des Kuratoriums klang viel Unbehagen über den gegenwärtigen Stand der Bonner Deutschlandpolitik heraus, behutsam zwar, der Kühle des Saales angemessen, aber doch unüberhörbar. Wer will es bestreiten, was Werner Friedmann sagte? Die ewige Wiederholung der gleichen Phrasen wirkt ermüdend und abschreckend, alle Worte sind verbraucht. Das Betreten ausgefahrener Geleise erweckt im Volke keine Emotionen mehr; Skepsis, Resignation machen sich breit und beherrschen viele Gemüter, der völlige Mangel an Phantasie, Initiative und neuen Ideen führt zu einer gesamtdeutschen Apathie. Die Presse als Organ der öffentlichen Meinungsbildung kann von sich aus keine Wunder wirken, kann nicht Glauben und Begeisterung erzeugen, wenn die offizielle Politik an Tabus festhält, deren Unfruchtbarkeit sich erwiesen hat. Welche Torheit, begangen von einer beschränkten Ministerialbürokratie, dem Bundesbürger die Lektüre sowjetischer Zeitungen vorzuenthalten. Die Kenntnis des lokalen Teils dieses bedruckten Papiers besagt mehr über die seelisch-geistige Not von 17 Millionen Mitteldeutschen, als es die besten Untersuchungen zu tun vermögen. Haben wir zu wenig Selbstvertrauen?

Allzu bequeme Ausflucht

Es ist eine alte Binsenwahrheit: Kein anderes Volk und keine andere Regierung wird mehr für die deutsche Sache tun, als unser Volk und unsere Regierung zu tun bereit sind. Längst ist die Deutschlandfrage aus dem Stadium herausgewachsen, wo es noch billig war, zu sagen, die Wiedervereinigung liege ausschließlich in der Verantwortung der vier Siegermächte - gewiß ist dies formell richtig, aber es trifft nicht mehr ganz den Tatbestand.

Diese allzu bequeme Ausflucht dient als Entschuldigung für das eigene Nichtstun, für das Abschieben von Verantwortung. Keine andere Regierung nimmt uns die Aufgabe ab, durch ein Höchstmaß innerdeutscher Anstrengungen der wachsenden Entfremdung beider Teile Deutschlands zu begegnen; das kann auf vielfältige Weise geschehen, durch den Ausbau der, wie es so schön heißt, technischen Kontakte mit den Behörden Mitteldeutschlands, durch die Erarbeitung eines für die Jugend ganz Deutschlands verbindlichen Leitbilds (dass ein solches fehlt, hat der Bundestagsabgeordnete Ulrich Lohmar in seinem klugen, weit ausholenden Referat schlüssig belegt), durch Überlegungen darüber, wie die Verfassung eines wiedervereinigten Deutschlands und sein internationaler Status aussehen müssen. Daß die in Mitteldeutschland eingetretenen Veränderungen im gesellschaftlichen Gefüge, wie die Sozialisierung der Großindustrie und die Bodenreform, nicht über Nacht rückgängig zu machen sind, bestätigte sogar der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Paulsen, und hier traf er sich

mit Willi Richter, dem Vorsitzenden des DGB, dessen These, die Wiedervereinigung könne nicht ein Anschluß des einen an den anderen Teil Deutschlands sein, unwidersprochen blieb. Liegt in dieser, doch von den verschiedenen Standorten unserer wichtigsten Sozialpartner bezogenen Schau ein Hoffnungsschimmer?

Das asiatische Deutschlandbild

Es gab in den Referaten und den darauf folgenden Debatten manche Höhepunkte einer die deutsche Lage in Griff bekommenden Betrachtung. Aus der Tiefe einer reichen Erfahrung vermittelte der frühere deutsche Botschafter in Indien, Professor Ernst Wilhelm Meyer, ein Deutschlandbild Asiens. Es trägt widerspruchsvolle Züge, mit denen wir uns noch vertraut zu machen haben. Die Bedeutung der afrikanisch-asiatischen Staaten, als mitentscheidende Faktoren in der Weltpolitik, nimmt schnell zu, schon heute beeinflussen sie maßgebend die Entscheidungen der Vereinten Nationen. Sollte jemals die deutsche Frage vor diesem Forum behandelt werden, wird es nicht gleichgültig sein, wohin sich die Sympathien dieses Teiles der Welt neigen. Was geschieht von unserer Seite zur Gewinnung dieser Völker und ihrer führenden Schichten? Ist sich die Bonner Politik des Zusammenhangs zwischen dem deutschen Problem und der Friedenssehnsucht der aufstrebenden Staatervelt Asiens und Afrikas bewußt? Man muß - leider - auch dies verneinen, soviel geschieht, was uns bei diesen Völkern in den Verdacht bringt, daß wir allzu stark im Schlepptau einer westlichen Politik segeln, der sie Mißtrauen entgegenbringen.

Matter Abglanz

Die Entschlüsse, die die Tagung verabschiedete - einstimmig verabschiedete - sind ein matter Abglanz dessen, was gelegentlich an Erkenntnissen, an Notwendigkeiten und an Ideenreichtum in den dreitägigen Beratungen auftauchte. Das Kuratorium "Unteilbares Deutschland" ist eine überaus nützliche, ja notwendige Einrichtung, eine Stätte der Begegnung sonst im politischen Leben einander entgegengesetzter Strömungen und deren Träger. Seine Stimme verdient Beachtung. Es ist eine lautere Stimme im Chor jener, denen die Wiedervereinigung unseres Landes sittliches Gesetz und Erfüllung der politischen Vernunft ist. Das Kuratorium kann mahnen und drängen, aber nicht die politische Aktion ersetzen. Es kann gewisse Gemeinsamkeiten betonen, aber nicht politische Lösungen erarbeiten. Die Aktivierung der Deutschlandpolitik wird von Rängen zwischen einer auf Tabus beharrenden Regierung und Tabus brechenden Opposition bestimmt, eingeleitet oder abgewürgt - das ist die bittere Wahrheit, die sich, wollen wir ehrlich gegen uns selbst sein, nicht verschleiern läßt und keine Verschleierung verträgt.

+ + +

Karl Zörgiebel 80 Jahre alt

sp- Am 30. September wird der frühere Polizeipräsident von Berlin, Dortmund und Köln, Karl Zörgiebel, in seiner Vaterstadt Mainz, seinen 80. Geburtstag feiern können. In ihm verkörpert sich eine der großen Figuren der Deutschen Sozialdemokratie in der Weimarer Zeit. Sein Werdegang ist der des aufstrebenden intelligenten Arbeiters, wie ihn die moderne sozialistische Bewegung geformt hat.

Als Sohn eines Lederarbeiters geboren, erlernte Karl Zörgiebel das Küferhandwerk. 1901 trat er der SPD bei und wurde schon im Jahre 1910 wegen seiner starken organisatorischen Begabung zum Leiter des Bezirks Oberrhein, der damals von Köln bis Saarbrücken reichte, gewählt. Nach dem Zusammenbruch der Monarchie leitete Karl Zörgiebel bis zum Jahre 1926 als Polizeipräsident von Köln den Aufbau einer neuen demokratischen Polizei, wurde dann aber wegen seiner hervorragenden Leistungen zum Polizeipräsidenten der damaligen Reichshauptstadt Berlin berufen. In dieser Zeit hat er mit Klugheit und Festigkeit den oft vereinten Ansturm der Nationalsozialisten und Kommunisten auf die junge Demokratie abgewehrt. Seine Gradheit und die Festigkeit seines Willens als überzeugter Republikaner sicherten ihm den Respekt auch vor politischen Gegnern.

1931 folgte Karl Zörgiebel einem Ruf als Polizeipräsident nach Dortmund, wo er bis zu seiner Verhaftung durch die Nationalsozialisten tätig war. Nach der Entlassung aus dem Gefängnis ging Karl Zörgiebel in seine Vaterstadt zurück. Dort knüpfte er die ersten illegalen Verbindungen der Sozialdemokratischen Partei an und war nach vielen Verfolgungen im Jahre 1945 einer von denen, die sofort wieder an den Aufbau der Organisation herangingen. Bald darauf entsann man sich seiner großen Fähigkeiten als Polizeifachmann und übertrug ihm die Organisation der neuen Polizei im späteren Lande Rheinland-Pfalz. Als sich der damals schon 71-jährige im Jahre 1949 in den Ruhestand begab, konnte er eine wohl organisierte und zuverlässige demokratische Polizei seinem Nachfolger übergeben.

Wer heute den 80-jährigen aufrecht und gerade durch die Straßen seiner Vaterstadt gehen sieht, von allen Seiten herzlich begrüßt, ahnt kaum, daß dieser Mann ein gutes Stück deutscher Geschichte darstellt. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat Karl Zörgiebel zu seinem 80. Geburtstag ihre besonderen Glückwünsche übermittelt.

Auch die Fairneß ist unteilbar

sp - Die Rechts-Unterabteilung des Bundesverteidigungsministeriums hat mit der Herausgabe eines leichtfaßlichen Bildbandes über die im Genfer Abkommen vom 12. August 1949 festgelegten völkerrechtlichen Pflichten und Rechte des Soldaten eine gute Aufgabe verdienstvoll erfüllt. In Erinnerung an Vorgänge und Ereignisse im zweiten Weltkrieg wird man, als Kombattant und Nichtkombattant, die den Soldaten vorgetragenen Thesen der Menschlichkeit auch in Kriegszeiten allzuoft kaum oder nicht mit der erlebten und erlittenen Wirklichkeit decken können, aber die Tatsache, daß diese Gebote der Humanität als Pflicht und Recht jedem Soldaten zusagen mit auf den Weg mitgegeben werden, damit sie Allgemeingut werden, ist erfreulich und anerkennenswert.

Das Auslandsecho auf diese Veröffentlichung des Bundesverteidigungsministeriums ist erstaunlich schwach, obwohl sie, gerade im Hinblick auf das, was geschehen ist, die Anerkennung der Wohlmeinenden und Gutwilligen auch außerhalb unserer Grenzen verdiente. Unter den wenigen Auslandsstimmen aber bereitet vor allem eine Kummer und Betrübnis, weil sie eine gute Tat schlecht lohnt. Der Londoner "Daily Express" berichtete über das Büchlein unter der Schlagzeile "Laßt uns im nächsten Krieg nicht so bestialisch sein!" und unterstrich diese deftige Anzüglichkeit mit der Behauptung, auf einer der Illustrationen der Broschüre wären Soldaten in der Uniform der alten Wehrmacht zu sehen, die bei einem Angriff Zivilisten vor sich hertrieben. Diese Behauptung ist falsch, denn die auf allen Illustrationen, also auch der genannten, dargestellten Soldaten tragen ganz selbstverständlicherweise Phantasieuniformen, die mit keiner vergangenen oder gegenwärtigen Uniform irgend eines Staates übereinstimmen.

Nichts, was gegen die Menschlichkeit geschah, soll und kann entschuldigt, geschweige denn verteidigt werden; auf deutscher Seite nicht und nirgends, denn die Menschlichkeit ist unteilbar. Aber auch die Fairneß ist unteilbar, und Frieden, Freundschaft und Völkerverständigung setzen zuallererst Fairneß voraus. Man sollte sich daher auch das Verstehen in der Gegenwart und Zukunft nicht schwerer machen als es unter der Erinnerungslast der Vergangenheit sowieso schon ist.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel